



Mediendokumentation

klar.sozial

Parteitag vom 16./17. September in Sursee

Wahlen 2003 – Wahlen 2007: Bilanz und Ausblick

Rede von Pierre-Yves Maillard, Vize-Präsident der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort!

**SPERRFRIST:
Sonntag, 17. September 2006, 14.00 Uhr**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Dieses Wahljahr beginnt mit einem Wirtschaftsskandal, der einen Namen trägt, der an einen nationalistischen Wahlslogan erinnert: Swissfirst, Schweiz zuerst. Dieser Skandal ist symptomatisch für die Schweizer Gesellschaft am Anfang des 21. Jahrhunderts: Ein nationalistischer Schild, der eine Verwaltung des öffentlichen Gutes zugunsten einiger Privatinteressen kaschiert. In unserem Land leben Wirtschaft und Politik Hand in Hand, und erstere unterhält letztere. Wenn also in der Wirtschaft ein Skandal platzt, ist die Politik sehr oft auch betroffen. Swissair war der Skandal des Freisinns, Swissfirst ist jener der SVP. In beiden Fällen haben diese Kreise wenig an die Schweiz und umso mehr an ihre eigenen Interessen gedacht. Wenn sie „Swissfirst“ sagen, denken sie „my pocket first“.

Es läuft immer gleich ab. Sie verachten den Staat und die Solidaritätssysteme, haben aber kein Problem, sich ihrer zu bedienen. Sie behaupten, die Schweiz zu verteidigen. Wenn aber ihre Interessen tangiert sind, kennen sie weder Grenzen noch Nationen. Als es darum ging, Alu-suisse zu kaufen und dann der kanadischen Konkurrenz zu verkaufen, haben die Herren Blocher und Ebner nicht an die Interessen der Schweiz, an die Arbeitsplätze, an die Zukunft der Industrie in unserem Land gedacht. Sie hatten allein ihren eigenen Profit im Sinn. Seither sind Hunderte von Arbeitsplätzen verschwunden, und die Zukunft der Aluminiumindustrie im Wallis wird von Jahr zu Jahr unsicherer. Wenn es darum geht, Parlament und Volk mit aller Macht von der Notwendigkeit eines Verkaufs der Swisscom zu überzeugen, zögern die Pseudonationalisten nicht, das Unternehmen zu destabilisieren, es als gefährdet zu bezeichnen und seinen Ruf und seine Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen.

Zynisch bedienen sie sich der grossen nationalen Symbole, um das ständige Streben nach Profit der Leute ihres Standes und jener, die ihre Wahlkampagnen bezahlen, zu kaschieren. Wenn Herr Merz unsere Kosa-Initiative attackiert, so tut er dies im Namen des Schweizerfrankens und der Verteidigung der Bundes- und Kantonsfinanzen. In derselben Woche aber schlägt er vor, die eidgenössischen und kantonalen Einnahmen mit Steuersenkungen für Inhaber von Aktien und Aktienverkaufsrechten um etwa das Doppelte von dem zu reduzieren, was die AHV-Initiative kosten würde. Sie wollen unsere Initiative erledigen, weil sie das Geld nicht den AHV-Rentnerinnen und -Rentnern zur Verfügung stellen wollen, sie haben es bereits Herrn Ospel und Konsorten versprochen. Und ihre Freunde, die mit der Verwaltung von Pensionskassengeldern ein Vermögen machen, haben

Parteitag vom 16./17. September 2006 in Sursee

Traktandum 14: Wahlen 2003 – Wahlen 2007: Bilanz und Ausblick

klar.sozial / SP

alles Interesse daran, die Ressourcen der AHV zu beschränken. Jede Ausweitung der AHV-Leistungen ginge auf Kosten ihres Marktanteils.

Im Bereich der Krankenversicherung hat Herr Couchepin ebenfalls ein Programm zur Reduzierung der Leistungen der Sozialversicherung im Programm, um den Privatversicherern Marktanteile zuzuschancen. Wenn er die Alternativmedizin aus der Grundversicherung herausnimmt, schlagen die Privatversicherer eine Zusatzversicherung für bescheidene 6 Franken pro Monat vor. Die Grundversicherer ihrerseits haben aber ihre Prämien nicht um 6 Franken reduziert. Am Schluss haben die Versicherten nichts gewonnen, bezahlen aber 6 Franken mehr für den Profit der Versicherer. Die Überschüsse aus den Prämien der Krankenversicherungen im Verhältnis zu den Gesundheitskosten haben den Versicherungsgesellschaften erlaubt, in zehn Jahren 7 Milliarden an Reserven und Provisionen anzuhäufen, davon allein 1,2 Milliarden in meinem Kanton Waadt. Diese enormen Beträge haben über die letzten 6 Jahre durchschnittlich einen Ertrag von 1,9 % erwirtschaftet, während die SUVA 5 % garantierte. Dies sind jedes Jahr 210 Millionen, die den Versicherten fehlen. Schlimmer noch, die Aktien in der Bilanz der Kassen sind mit dem historischen Tiefstwert notiert, es genügt also, diese unterbewerteten Titel irgend einem befreundeten Kunden zum Bilanzwert zu verkaufen, damit dieser auf dem Buckel der Prämienzahler saftige Gewinne machen kann. In Bern kontrolliert dank weniger Staat niemand die Verkäufe von Titeln der Krankenkassen.

Die Zeitung 24heures und fast die ganze Schweizer Presse haben uns im Frühjahr gezeigt, wer die Wahlausgaben der bescheidenen Liberalen Partei der Schweiz bezahlte. Novartis, UBS, Crédit Suisse, Bobst etc. standen auf der Liste der grosszügigen Spender. Es gab aber auch ein Konto mit dem Titel „Ali Baba“ und ein anderes mit „die 40 Räuber“. Auf diesen Konten wurden die anonymen Spenden verbucht. Das zeigt, welche Wertschätzung die Partei ihren Spendern entgegenbringt. Die anderen bürgerlichen Parteien erhalten natürlich von denselben Sponsoren ein Mehrfaches. Wir werden nicht berücksichtigt, wir sind angeblich nicht „wirtschaftsfreundlich“ genug.

Nein, Genossinnen und Genossen, wir sind nicht die Freunde der 40 Räuber. Wir sind die, die ihnen Widerstand leisten. Wir sind die, die uns zusammen mit dem Volk dagegen wehren, dass ihnen alle Reichtümer des Landes zur Verfügung gestellt werden. Wir sind die Partei des Allgemeinwohls und nicht ihrer Privatinteressen. Wir sind die einzige unabhängige Regierungspartei. Weder hängen wir von den Millionen eines charismatischen Führers ab, noch von den Beiträgen einiger Multis.

Darauf können wir stolz sein, Unabhängigkeit ist in den westlichen Demokratien ein immer seltenerer Wert, sogar in den Sozialdemokratien, vor allem, wenn sie zum Sozialliberalismus konvertiert haben. Die Zerstörung der Verbindung zwischen Gewerkschaften und Labour Party in Grossbritannien war Ausgangspunkt einer neuen Abhängigkeit von den Unternehmen und der Pressegruppe Murdoch. Was uns von der Mehrheit der Medien als Modernisierung der Linken verkauft wurde, war in Tat und Wahrheit die Zerschlagung dessen, was ihren grössten Wert ausmachte: ihre Unabhängigkeit gegenüber Lobbys und den Mächtigen. Diesem ersten Fehler folgten noch viele weitere: Unterstützung der Entwicklung der Markt- und Profitlogik im öffentlichen Sektor, zynischer Umgang mit Macht, Unterstützung eines auf Lügen basierenden Krieges. Ein Tiefpunkt wurde mit Sicherheit diesen Sommer erreicht, als sich die Regierung Blair gegen eine europäische Resolution stellte, die zum Waffenstillstand im Libanon aufrief. Wie kann man sich gegen einen Waffenstillstand aussprechen, wenn Tag für Tag Dutzende Kinder unter den Bomben sterben? Es handelt sich wohl dabei um eine weitere dieser „Modernisierungen“ der linken Ideen, denen wir uns unterwerfen sollen!

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat sich bisher von allen Sozialdemokratien Europas am immunsten gegen den Blairismus gezeigt. Wir haben die Liberalisierung des Strommarktes verhindert und damit den Haushalten und Unternehmen die Preisexplosionen

Parteitag vom 16./17. September in Sursee

Traktandum 14: Wahlen 2003 – Wahlen 2007: Bilanz und Ausblick

klar.sozial / SP

erspart, welche die europäischen Länder erleben mussten. Unsere Post ist zu 100 % in öffentlicher Hand wie auch unsere SBB, bei denen Transporte und Netz nicht getrennt worden sind. Swisscom gehört weiterhin dem Schweizervolk, genauso wie unsere Gas- und Wassernetze. Wir haben verhindert, dass durch das Steuerpaket 4 Milliarden Franken nach dem Prinzip verteilt werden: Je mehr jemand hat, desto stärker kann er sich bedienen. Und wir haben einen Rückgang der AHV-Leistungen abgewendet.

Auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene sind die grossen Reformen der Neoliberalen im Bundesrat blockiert. Trotzdem ist unser Wachstum eines der solidesten Europas. Wir zeigen gerade auf, dass diese berühmten „Reformen“ nicht dem Wirtschaftswachstum, der Modernität und dem Fortschritt dienen. Sie sind das Gegenteil davon.

Genossinnen und Genossen, wenn die Sozialdemokratische Partei der Schweiz auf dem Vormarsch ist, so weil sie sich selbst treu geblieben ist. Die grundsätzlichen Analysen der Gesellschaft, die wir im Laufe unserer Geschichte immer wieder vorgenommen haben, waren noch nie so stichhaltig wie heute. Jene, die sich als Linke bezeichneten, die aber keine Demokratie zulassen, sind gescheitert, wie wir es erwartet hatten. Der sich selbst überlassene Kapitalismus führt überall auf der Welt zu Sinnleere, Krisen und Krieg. Wenn wir unsere sozialistischen und demokratischen Positionen halten, bieten wir den Leuten eine Alternative, die sich immer und überall bewährt hat, wo sie angewandt wurde. Diese Alternative, die auf der Fähigkeit der Demokratie beruht, auf reale Situationen zu reagieren, muss rehabilitiert, an die moderne Welt und namentlich an die Herausforderungen des Umweltschutzes angepasst werden. Auch in diesem Bereich können die notwendigen Veränderungen unseres Produktionsapparates für eine bessere nachhaltige Entwicklung nicht ohne einen exemplarischen öffentlichen Sektor erfolgen, ohne die Fähigkeit der öffentlichen Hand, die Regeln festzulegen und die Forschung und Innovation zu stimulieren.

Angesichts des wachsenden Erfolgs unserer Ideen flüchtet eine gewisse Rechte in die Fremdenfeindlichkeit, um ihre Macht zu erhalten. Seine Millionen und Eigeninteressen hinter der Ablehnung der Ausländerinnen und Ausländer zu verstecken bildet in unserem Land seit fünfzehn Jahren die alte Masche der Blocher-SVP. Sie braucht die Ausländerinnen und Flüchtlinge. Herr Blocher verdankt ihnen seinen Sitz im Bundesrat. Man kann aber nicht behaupten, dass er ihnen dafür dankbar sei. Diese Rechte bringt keine Lösungen im Migrations- und Asylbereich. Je konsequenter ihre Thesen umgesetzt werden, desto stärker nimmt die Zahl der klandestinen Ausländerinnen und Ausländer zu, umso ungebremster wachsen Drogenhandel und Prostitution. Die Rechte ist nicht gegen die Immigration, sie braucht sie wirtschaftlich und politisch, sie ist aber auf eine illegale Einwanderung, ohne Regeln, ohne Rechte angewiesen. Eine solche Immigration lässt sich am besten ausbeuten, um die Löhne aller Arbeitnehmenden nach unten zu drücken. Deshalb hat die SVP das Gesetz gegen Schwarzarbeit abgelehnt, das die einzige wirksame Strategie für die Beschränkung der klandestinen Immigration vorschlug: Sanktionen gegen die Arbeitgeber, die Schwarzarbeiter anstellen.

Genossinnen und Genossen, in diesem Bereich wie auch in anderen ist die SVP ultraliberal, sie will einen schwachen Staat, der unfähig ist, irgendetwas zu regulieren. So kann die Gesellschaftsform Alle gegen Alle regieren, von der man sich in gewissen Teilen der Welt im Laufe der Krisen des 20. Jahrhunderts befreit hat. Wir werden von der SVP Rechenschaft verlangen bezüglich der Dossiers, in denen sie sich profilieren wollte. Unser Land ist heute nicht sicherer als 2003. Unser Land meistert seine Migrationspolitik nicht besser, sondern schlechter. Unser Vorgehen ist pragmatisch. Wenn Arbeitgeber Menschen zu uns kommen lassen müssen, um zu arbeiten, so wollen wir, dass dies in aller Klarheit geschieht, mit einer legalen Immigration und zu den Arbeitsbedingungen der hier lebenden Leute, damit diese für alle erhalten werden. Wenn Menschen um Asyl nachsuchen, wollen wir ihr Gesuch rasch, aber seriös prüfen, unter Einhaltung der Menschenrechte und des internationalen Rechts. Wir wollen sie nicht in die Klandestinität zwingen mit allen Risiken, die diese für sie und den Zusammenhalt der Gesellschaft bergen.

Parteitag vom 16./17. September in Sursee

Traktandum 14: Wahlen 2003 – Wahlen 2007: Bilanz und Ausblick

klar.sozial / SP

Herr Blocher hat uns beschuldigt, in diesem Bereich zu den „Netten“ zu gehören. Er hat recht. Wir sind vielleicht etwas zu nett, aber mit ihm und seinen Thesen und ihren verheerenden Auswirkungen, seit sie umgesetzt werden. Wir müssen in den kommenden Monaten sagen, dass die Politik von Herrn Blocher nicht das Mittel, sondern die Ursache des Kontrollverlusts im Migrationsbereich ist, dass sein „weniger Staat“ eine der Hauptursachen für die Entwicklung der kriminellen Prostituierten- und Drogenringe darstellt, dass seine Weigerung, gegen die Schwarzarbeit anzukämpfen, der Grund für den Druck auf die tiefen Löhne bildet. Das ultraliberale Laisser-faire ist die Quelle der Probleme dieses Landes, nicht deren Lösung.

Nach fünfzehn Jahren der Umsetzung haben das neoliberale Gedankengut und die von ihm inspirierten Reformen überall zum Bankrott geführt. Die Liberalisierung des Finanzwesens hat die spekulativen Fonds erblühen lassen, die die Industrie vergiften, die zweite Säule ist in diesem Netz von Profiteuren und Spekulanten gefangen, der Energiesektor bewegt sich auf eine Versorgungsknappeheit zu, die Lohnunterschiede explodieren bis zur Übelkeit, die Einkommen von Aktieninhabern erreichen unanständige Rekorde. Verdienst, Moral, Ehre werden von Spekulation, Lügen und einfachem Gewinnstreben plattgewalzt. Die Sozialdemokratische Partei hat gute Chancen, zur stärksten Partei im Land zu werden, wenn sie im Kampf gegen diese Entwicklung hart bleibt. Das bedeutet für die kommenden Wahlen, dass wir überall unsere Unabhängigkeit bewahren müssen, gegenüber Lobbys und zu bequemen Finanzierungen. Das bedeutet, dass wir präsent und kampfbereit sein müssen gegenüber allen Anzeichen von neoliberalen Ausrutschern. Wir müssen noch an Kampfgeist und an Entrüstungsfähigkeit und Argumentationsstärke zulegen.

Bei den Abstimmungen vom November gilt es, ein Projekt zu verteidigen, bei dem die Familien in diesem Land endlich einen kleinen Teil der Kaufkraft zurückerhalten, die man ihnen in den letzten fünfzehn Jahren genommen hat. Wir müssen den Ruf der Schweiz als zuverlässige und loyale Partnerin der Europäischen Union verteidigen. Bei den Abstimmungen vom März müssen wir die Umwandlung und Modernisierung unseres Krankenkassensystems in eine AHV der Gesundheit verfechten. Im darauf folgenden Wahlkampf unterbreiten wir die Vorschläge unserer Plattform für eine Verteidigung der Kaufkraft des Volkes dieses Landes, für eine intakte Umwelt, für ein starkes, sozial- und umweltverträgliches Wachstum. Aber vor allem werden wir versuchen, durch eine Stärkung der Linken unsere Demokratie von Lobbys und neoliberalen Fanatismus zu befreien. Ohne dies sind keine fortschrittlichen Reformen möglich. Die Schweiz muss unbedingt an Unabhängigkeit gewinnen. Die Abhängigkeiten, die sie behindern, sind die Fäden, an denen so manche bürgerliche Parlamentarier hängen. Schneiden wir diese Fäden durch, Genossinnen und Genossen, geben wir in diesem Land Macht und Vorrang dem Gemeinwohl, der Gerechtigkeit und der Solidarität zurück.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.